

Chart of the Week

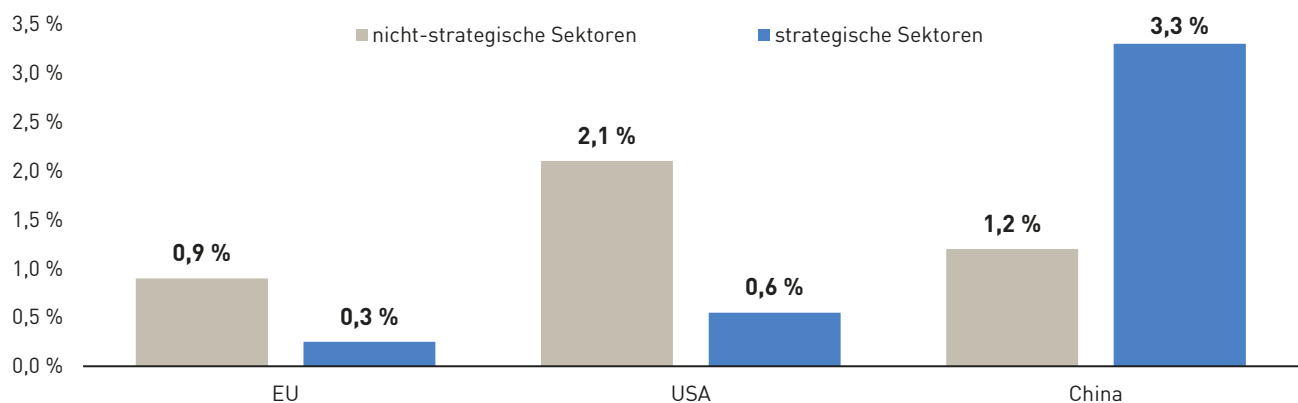
China fördert Schlüsselindustrien zehnmal stärker als die EU

In der EU wird aktuell hitzig über den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) diskutiert. Im Fokus steht insbesondere die geplante Erhöhung der Mittel für eine auf Schlüsseltechnologien ausgerichtete gemeinsame Industriepolitik. Wie wichtig dies im derzeitigen globalen Umfeld ist, zeigt eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Autoren stellen fest, dass China strategische Sektoren nicht nur stärker, sondern auch gezielter fördert als die EU und die USA. Während dort überproportional Mittel in nicht-strategische Sektoren wie Landwirtschaft und Mineralprodukte fließen, konzentrieren sie sich in China stärker auf strategische Bereiche wie Elektronik (inkl. Halbleitern), Pharmazie, Maschinenbau und andere fortschrittliche Technologien. Besonders deutlich ist der Unterschied im Vergleich zur EU: Von 2015 bis 2023 belief sich die Förderung strategischer Sektoren in der EU im Durchschnitt auf 0,3 % ihrer Wertschöpfung, in China hingegen auf 3,3 % – mehr als das Zehnfache.

China subventioniert stärker und strategischer als die EU und die USA

Industriesubventionen nach strategischer Bedeutung im internationalen Vergleich

Subventionen in % der sektoralen Bruttowertschöpfung, Durchschnitt der Jahre 2015-2023



Quelle: IWF, strategische Sektoren = ICIO-Sektoren der OECD mit mind. einem High-Tech-Produkt.

Nach Berechnungen der OECD lassen sich knapp 60 % der globalen Marktanteilsgewinne chinesischer Industrieunternehmen zwischen 2005 und 2023 durch die erhaltenen Subventionen erklären. Hinzu kommt, dass die chinesische Währung als um bis zu 30 % unterbewertet gilt. Daraus ergibt sich ein erheblicher Kostenvorteil für chinesische Anbieter, der insbesondere Europas Kernindustrien unter Druck setzt – sowohl auf dem EU-Binnenmarkt als auch im Wettbewerb auf Drittmärkten. Gleichzeitig verlieren europäische Exporteure Marktanteile in China. Ausschlaggebend dafür sind neben der schwachen chinesischen Binnennachfrage auch zunehmende technologische Autonomiebestrebungen und eine stärkere Ausrichtung auf heimische Produktion, wodurch die Nachfrage nach Gütern sinkt, die traditionell in erheblichem Umfang aus Europa importiert werden (vgl. Francke 2026).

FAZIT: Angesichts der Preisvorteile durch chinesische Subventionen und Wechselkurseffekte hat die Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen höchste wirtschaftspolitische Priorität. Hierzu können sowohl plurilaterale Allianzen, wie sie die EU-Kommission derzeit etwa für die Automobilindustrie anstrebt, als auch handelspolitische Defensivmaßnahmen einen wichtigen Beitrag leisten. Auf die restlichen, „fairen“ Ursachen niedrigerer chinesischer Preise, wie eine vorteilhafte Industriestruktur, Technologieentwicklung und Skaleneffekte, benötigt Europa standortpolitische Antworten. Hier kann auch Österreich einen Beitrag leisten: Wie aktuell im Inland sollte sich die Regierung auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass das „Made in Europe and Partner Countries“-Prinzip und der Fokus auf industrielle Schlüsseltechnologien konsequent angewendet wird.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Peter Obinger,
peter.obinger@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 4252
1. September 2026